



Inhalt

| | |
|---|----------|
| 1. Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen..... | 2 |
| 2. Ampel will Staatsbürgerschaft verramschen..... | 3 |
| 3. Moratorium der Klimaschutzpolitik..... | 4 |
| 4. Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen | 4 |
| 5. Wahlen zu Gremien des Deutschen Bundestags – AfD noch immer außen vor | 5 |
| 6. Drucksachen der AfD-Fraktion | 6 |

DEM DEUTSCHEN VOLKE

1. Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen

Die Impfkampagne gegen COVID-19 begann am 27. Dezember 2020 mit dem Versprechen, dass durch die „Impfungen“ (es waren mRNA-Injektionen) eine Rückkehr zur Normalität möglich würde. Viele Menschen waren ob des frühzeitigen Einsatzes, der bedingten Marktzulassung und der vollständigen Enthftung der Hersteller zurecht sehr skeptisch und fürchteten gesundheitliche Probleme. Damals noch als Verschwörungstheoretiker verschrien, sehen sich die meisten Kritiker heute jedoch größtenteils bestätigt.

Drei Jahre nach Beginn der Pandemie und dem mittlerweile erfolgten Übergang in die endemische Phase leiden immer noch zahlreiche Menschen in unserem Land an den direkten und indirekten Folgen der „Impfung“. Durch ihre Verantwortung für die COVID-19-„Impfkampagne“ steht die Bundesregierung in der besonderen Pflicht, eine angemessene Versorgung von Patienten mit entsprechenden Impfnebenwirkungen und Impfschäden sicherzustellen.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher zwei Anträge in den Deutschen Bundestag zur Einführung von Spezialambulanzen zur Behandlung von Impfnebenwirkungen und Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Aufbau einer Stiftung für Geschädigte der Corona-„Impfung“ eingebracht. Zudem soll eine zentrale Koordinierungsstelle PostCOVID-TaskForce zur übergreifenden Koordination der flächendeckenden Versorgung, Therapieentwicklung, Datenerfassung und Aufklärung eingerichtet werden.

Jörn König erklärt: „Ich erinnere mich noch gut an die chaotische Zeit zu Beginn der Pandemie. Im Akkord wurden neue, heftig in die Grundrechte eingreifenden Maßnahmen beschlossen und viele hart arbeitende Bürger so mir nichts dir nichts einer vollkommenen Willkür unterworfen. Mich haben schon die Bedingungen der Impfersteller und die zahlreichen Gesetzesänderungen stutzig gemacht. Unser parlamentarisches Wirken hat im Laufe der Zeit so einiges ans Licht gebracht. Es ist den Menschen schlicht nicht möglich, zu erklären, mit welcher dünner oder oft sogar gar nicht vorhandener Datengrundlage die Bundesregierung hier agiert hat. Was da jetzt auf EU-Ebene zu den Deals der EU mit den Impfstoffherstellern bekannt geworden ist, finde ich einfach nur noch erschreckend. Doch jetzt ist es erst einmal an der Zeit, denjenigen zu helfen, die von der Bundesregierung und ihrer groß angelegten Unterwerfungskampagne geschädigt wurden. Denn wie so oft kommt sie ihrer Pflicht hier mal wieder nicht nach.“

2. Ampel will Staatsbürgerschaft verramschen

In einer eher ungewöhnlichen Debatte zu der von den Koalitionsfraktionen beantragten Aktuellen Stunde zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ging es am Donnerstag hoch her im Deutschen Bundestag.

Der von Innenministerin Faeser vorgestellte Gesetzentwurf ist auf heftige Ablehnung der AfD und CDU/CSU gestoßen. Während sich die Koalition mit einem „Meilenstein hin zu einem modernen Einwanderungsland“ brüstet, spricht nur die AfD knallhart Klartext.

Trotz der Rekordzuwanderung setzt die Regierung jetzt neue Anreize. Die deutsche Staatsangehörigkeit soll samt allen Aufenthalts- und Anspruchsrechten schon nach fünf oder drei Jahren erworben werden können. Sowohl AfD als auch CDU/CSU kritisieren das, schließlich könne die deutsche Staatsangehörigkeit erst am Ende eines langen und mühseligen Integrationsprozesses liegen.

Jörn König dazu: „Die Bundesregierung belügt die Bürger einfach dreist. Hier geht es nicht darum, Deutschland besser zu machen. Man setzt aus machtpolitischen Gründen auf diese Migrationsflut. Es kann doch nicht sein, dass sich da eine SPD hinstellt und kritisiert, dass viele Einbürgerungen gar nicht erst stattfinden, weil sich dann die Menschen für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen und als Konsequenz die Regelung aufbricht, anstatt zu verlangen, dass Ausländer, die die Vorzüge des Deutschen (Sozial)-Staats auch verdammt noch mal uneingeschränkt zu Deutschland bekennen sollen.“

Die Koalitionslügner sprechen nur von denjenigen, die hier seit Jahren leben und angeblich Steuern zahlen und verzerren damit die bittere Realität. Man braucht sich nur mal im Statistischen Bundesamt die Zahlen dazu angucken, wie viele von denen sich tatsächlich selbst tragen, ohne von den Deutschen Steuerzahlern abhängig zu sein. Echte soziale Gerechtigkeit gibt es nur mit der AfD. Und das bedeutet, dass sich Fremde nicht auf Kosten der deutschen Bevölkerung hier ein schöneres Leben machen als in ihren Herkunftsländern. Jedem Deutschen Steuerzahler sollte endlich klar werden, dass diese exorbitanten Steuern und Sozialabgaben nur in diese Höhe fällig werden, weil ihre Regierung das Geld mit vollen Händen zum Fenster rauswirft. Das Verramschen der Staatsangehörigkeit und die damit verbundenen horrenden Kosten gehört definitiv dazu.“

3. Moratorium der Klimaschutzpolitik

Der Wohlstand eines Landes ist derzeit und auf unabsehbare Zeit eng mit hohen CO₂ Emissionen verbunden. Eine globale Lösung für Umwelt- und „Klimaschutz“ sowie zur CO₂-Einsparung durch das Übereinkommen von Paris ist sowohl bei den Industrie- als auch bei den Schwellenländern gescheitert.

In Deutschland werden von der Industrie sowohl auf eigene Kosten als auch durch staatliche Fördermaßnahmen große Anstrengungen unternommen, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Im Zeitraum 1990-2015 hat Deutschland seine CO₂ Emissionen insgesamt um 22,4 Prozent verringert; weltweit sind diese jedoch im gleichen Zeitraum um rund 57,5 Prozent angestiegen.

Jörn König meint: „Ich finde es schon ein wenig auffällig. Die Macht einer Nation korreliert unmittelbar mit dem Energieverbrauch. Und bei uns gibt es politische Kräfte wie z.B. die Ampelkoalition, die alles für eine Verteuerung und Verknappung des Energieangebots tun. In Zeiten einer Energiekrise werden Atomkraftwerke abgeschaltet, Energie wird mit immer mehr Steuern belegt und über die ideologische grüne Revolution muss ich Euch ja nichts erklären. Fakt ist, dass Deutschland durch diese fehlgeleitete Politik nachhaltig in seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt sein wird und sich der jetzt schon exorbitante Wohlstands- und Arbeitsplatzverlust weiter verschärfen wird.“

Die AfD-Bundestagsfraktion hat am Donnerstag einen Antrag in den Deutschen Bundestag für ein Moratorium der Klimaschutzpolitik eingebracht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ab sofort keine Maßnahmen mehr im Zusammenhang mit dem Pariser Abkommen vom 12. Dezember 2015 umzusetzen und die bisherigen Regelungen und Verordnungen zu stoppen.

4. Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen

Durchschnittlich gab es in den Jahren zwischen 2011 und 2021 durch die Migration einen Nettozuwachs der Bevölkerung um 500.000 Menschen pro Jahr. Im Zuge des Ukraine-Kriegs kamen zusätzlich ca. 1,1 Millionen Flüchtlinge allein 2022 nach Deutschland. Die Belastung auf das deutsche Sozialsystem und insbesondere den Wohnungsmarkt, welcher sowieso schon angespannt ist, ist mittlerweile am Höhepunkt angelangt. Diese Last wird auf Kommunen verteilt, die immer häufiger fordern, selbst über Aufnahme von Asylbewerbern in ihren Gemeinden entscheiden zu dürfen.

Die AfD- Bundestagsfraktion hat diese Woche einen Antrag ins Plenum gebracht, in dem ein Vetorecht für Städte und Gemeinden bei der Zuweisung von Migranten gefordert wird. Dabei dürfen sowohl sicherheits- als auch wohnungspolitische Gründe angegeben werden. Darüber hinaus sollen Gemeinden, in denen eine Wohnungsnot herrscht, grundsätzlich von einer Zuweisung durch übergeordnete Instanzen ausgenommen werden. Hintergrund sind jüngste Fälle wie beispielsweise in Uphahl, wo eine Unterkunft für 400 Migranten in einem Dorf mit 500 Einwohnern errichtet werden soll.

Jörn König meint: „In der Migrationsfrage zeigt sich die Handlungsunfähigkeit der Regierung am deutlichsten. Von den abgelehnten Asylanträgen im Jahr 2022 führte nicht einmal jeder vierte zu einer Abschiebung. Wenn geltendes Recht nicht mehr durchgesetzt werden kann, dann müssen stattdessen die Grenzen besser geschützt werden. Auch dazu kann die Regierung sich nicht durchringen und überlässt die unschönen Bilder lieber den Ungarn oder Griechen. Das deutsche Sozialsystem ist hingegen weiterhin der größte Magnet für Einwanderungswillige aus aller Welt.“

5. Wahlen zu Gremien des Deutschen Bundestags – AfD noch immer außen vor

Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags legt fest, dass jede Fraktion durch mindestens einen Vizepräsidenten oder eine Vizepräsidentin im Präsidium vertreten sein soll. Man sollte meinen, dass eine demokratische Gesinnung dazu führt, dass man sich für die Repräsentation von politischen Minderheiten innerhalb des parlamentarischen Betriebs einsetzt. Im Bundestag ist die AfD eine solche Minderheit und hat durch die Wähler ein Mandat zur Mitwirkung im Plenum, in den Ausschüssen und in den Gremien verliehen bekommen. Das hindert jedoch die selbst ernannten Demokraten nicht daran, diese Woche erneut die Wahl eines AfD-Kandidaten in das Präsidium und in das parlamentarische Kontrollgremium zu verhindern. Jedes Mal wenn dies geschieht, ist das letztendlich ein erneuter Beleg für die wahre Gesinnung der Altparteien.

6. Drucksachen der AfD-Fraktion

- 20/6733 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006733.pdf>>
Mitnahme von Journalisten auf Dienstreisen der Bundesregierung -20/6513-
- 20/6735 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006735.pdf>>
Impfpflicht bei der Bundeswehr -20/6393-
- 20/6693 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/066/2006693.pdf>>
Berichte über Visierung von gefälschten Pässen auf Weisung des Auswärtigen Amtes
- 20/6695 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/066/2006695.pdf>>
Befragung der Bundesministerin des Auswärtigen im Deutschen Bundestag - Afghanistan
- 20/6697 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/066/2006697.pdf>>
Antidiskriminierungsstelle des Bundes – Stand 31. Dezember 2022
- 20/6698 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/066/2006698.pdf>>
Stellenbesetzungen im Verantwortungsbereich der Bundesministerin des Innern und für Heimat
- 20/6737 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006737.pdf>>
Äußerungen der Bundesregierung über Hang zum Fleiß und Rechtstreue von Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland -20/6403-
- 20/6741 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006741.pdf>>
Mögliche Schließung von Schlössern der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg für den Besucherverkehr -20/6532-
- 20/6742 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006742.pdf>>
Uranmunition – Geplante Lieferung durch Großbritannien an die Ukraine sowie mögliche Folgen für Mensch und Umwelt -20/6522-
- 20/6743 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006743.pdf>>
Zu den Leitlinien des Auswärtigen Amtes – Feministische Außenpolitik gestalten -20/6169-
- 20/6750 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006750.pdf>>
Datengrundlage für Maßnahmen zur Kontrolle der Ausbreitung von SARS-CoV-2 (COVID-19)
- 20/6787 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006787.pdf>>
Attraktivität der Gesundheits- und Sozialberufe (Wirtschaftsabschnitt Q) -20/6370-
- 20/6778 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006778.pdf>>
Ursachen der rückläufigen Zahl von Widerrufungen asylrechtlicher Schutzgewährungen

- 20/6780 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006780.pdf>>
Verlauf der Ermittlungen hinsichtlich der Anschläge auf die Nord Stream- Leitungen
- 20/6776 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006776.pdf>>
Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu familiären und persönlichen Verstrickungen in der Bundesregierung und Verbindungen der bundesdeutschen Exekutive finanzieller, persönlicher, politischer und wirtschaftlicher Art zu internationalen Organisationen
- 20/6793 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006793.pdf>>
Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe im Saarland im Jahr 2022 -20/6429-
- 20/6794 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/067/2006794.pdf>>
Förderung des Kompetenz- und Koordinierungszentrums Polnisch durch die Bundesregierung (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/6383) -20/6579-
- 20/6801 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006801.pdf>>
Kriminalitätsfelder in Bezug auf Bahnhöfe in Hessen im Jahr 2022 -20/6428-
- 20/6809 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006809.pdf>>
Straftaten an Thüringer Bahnhöfen und Flughäfen in dem Jahr 2022
- 20/6810 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006810.pdf>>
Kriminalitätsentwicklung in dem Zeitraum von 2000 bis 2022 in ausgewählten Deliktsbereichen
- 20/6811 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006811.pdf>>
Einzelheiten zu Verurteilungen nach ausgewählten Delikten aus dem sechzehnten und siebzehnten Abschnitt des Strafgesetzbuches in den Jahren von 2000 bis 2021 (Nachfrage auf die Antwort der Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 20/4818)
- 20/6812 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006812.pdf>>
Anzahl und Kosten eingeflogener Asylbewerber - Stand 31. Dezember 2022
- 20/6825 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006825.pdf>>
Aktuelle Preise im Pflanzenbau
- 20/6826 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006826.pdf>>
Konsequenzen des sogenannten Sturms auf den Reichstag
- 20/6829 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006829.pdf>>
Steuerliche Absetzbarkeit von Unterhaltskosten für Angehörige im Ausland
- 20/6830 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006830.pdf>>
Vergleich deutscher und ukrainischer Kernkraftwerke - Äußerungen des Bundesministers für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Robert Habeck

- 20/6831 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006831.pdf>>
Auftreten von Keuchhusten und Impfversagen in Thüringen - Stand 31. März 2023
- 20/6832 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006832.pdf>>
Mögliche Erhöhung des CO₂-Ausstoßes nach Abschaltung der letzten Kernkraftwerke (KKW) am 15. April 2023
- 20/6839 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006839.pdf>>
Nutzung von Liegenschaften des Bundes zur Unterbringung von Ausländern im Zusammenhang mit dem Asylwesen
- 20/6840 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006840.pdf>>
Entwicklungszusammenarbeit mit Tansania und Sansibar vor dem Hintergrund der strafrechtlichen Verfolgung Homosexueller
- 20/6841 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006841.pdf>>
Umsetzung und Evaluierung der KfW-Maßnahme Kommunaler Infrastruktur-Fonds (MIDF) (Nachfrage zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/6056)
- 20/6843 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006843.pdf>>
Finanzielle Zuwendungen an prominente Personen, die sich öffentlich für die Corona-Schutzimpfung ausgesprochen haben
- 20/6846 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006846.pdf>>
Stylisten der Bundesministerin des Auswärtigen Annalena Baerbock
- 20/6849 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006849.pdf>>
Import und Transport von landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine
- 20/6901 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006901.pdf>>
Städte und Gemeinden vor Wohnungsnot schützen – Vetorecht bei Zwangszuweisungen von Flüchtlingen
- 20/6854 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006854.pdf>>
Zur Rolle ausländischer Gelder bei der Finanzierung von Klimaprotesten und ihre Auswirkungen auf den demokratischen Wettbewerb -20/6621-
- 20/6855 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006855.pdf>>
Berücksichtigung von Primärdaten klinischer Studien bei der Zulassung von COVID-19-Impfstoffen -20/6603-
- 20/6858 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006858.pdf>>
Einsatz der Spezialeinheit GSG 9 im Haus des Vorsitzenden des Vereins Polizisten für Aufklärung e. V -20/6623-

- 20/6859 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006859.pdf>>
Infrastrukturelle Hinterlassenschaften des deutschen Engagements in Mali -20/6499-
- 20/6835 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006835.pdf>>
ChatGPT und Datenschutz
- 20/6880 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006880.pdf>>
Altersarmut in Deutschland
- 20/6883 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006883.pdf>>
Beobachtung der Linksjugend solid
- 20/6814 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006814.pdf>>
Eigenverantwortliche Altersvorsorge erleichtern
- 20/6816 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006816.pdf>>
Rentenüberleitung würdig abschließen – Fondslösungen mit Einmalzahlungen
- 20/6912 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006912.pdf>>
COVID-19-Impfschäden ernst nehmen und deren medizinische Behandlung sicherstellen
- 20/6913 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006913.pdf>>
Impfschäden-Hotline jetzt einrichten – Betroffene nicht allein lassen
- 20/6914 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006914.pdf>>
Förderung von pilzwiderstandsfähigen Reben
- 20/6915 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006915.pdf>>
Moratorium der Klimaschutzpolitik und des Übereinkommens von Paris
- 20/6916 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006916.pdf>>
Stärkung des Deutschen Evaluierungsinstituts der Entwicklungszusammenarbeit
- 20/6917 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006917.pdf>>
Wildökologische Raumplanung beim Rotwild ermöglichen - Rotwildfreie Gebiete abschaffen
- 20/6918 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006918.pdf>>
zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Führerschein, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2022/2561 des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EU) 2018/1724 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 2006/126/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EU) Nr. 383/2012 der Kommission KOM(2023)127 endg.; Ratsdok. 6795/23 hier: Stellungnahme gemäß Artikel 6 des Protokolls Nummer 2 zum Vertrag von Lissabon (Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit)

- 20/6851 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006851.pdf>>
Chancengleichheit und Staatsfreiheit im politischen Wettbewerb – die Opposition als Zielobjekt des Verfassungsschutzes
- 20/6867 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006867.pdf>>
Die Erforschung struktureller Probleme des sogenannten Patriarchats und deren empirische Gehalte
- 20/6888 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/068/2006888.pdf>>
Integrationskurse und Deutsch-Test für Zuwanderer
- 20/6986 Drucksache als PDF <<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/20/069/2006986.pdf>>
zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU/CSU -Drucksache 20/4665, 20/6947- Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren an Brücken auf Bundesfernstraßen